

Aus die Maus

Von Wolf Linder — Eine Volksinitiative will die Einführung des E-Votings verbieten – wegen mangelnder Sicherheit. Es geht aber um weit mehr: Das Sammeln von Unterschriften für Referenden oder Volksinitiativen in den sozialen Medien wirft Fragen auf, die an die Grundlagen der direkten Demokratie rühren.

E-Voting sei ein echter Fortschritt für die Demokratie, wurde vor zwanzig Jahren behauptet: Abstimmen per Mausklick auf dem Computer, dem Smartphone oder dem Tablet jederzeit und überall erweitere die Möglichkeit der Stimmabgabe, sei einfach, sicherer und bringe mehr Leute an die Urne. Inzwischen haben die Kantone Genf, Basel, St. Gallen und weitere sorgfältig geplante Versuche durchgeführt, bei denen ein Teil der Stimmberechtigten ihre Stimme elektronisch abgeben konnten. Sie verliefen ohne grössere Pannen, und der Bundesrat entschied letztes Jahr, es sei nun an der Zeit, E-Voting definitiv einzuführen.

Trump-Effekt

Dagegen erwächst heftiger Widerstand. Privatleute sammeln Unterschriften für eine Volksinitiative, die das E-Voting verbieten will: Wählen und Abstimmen per Internet sei grundsätzlich unsicher. Jüngste Ereignisse sprechen für eine solche Einschätzung. Der Einfluss von Datenklau, Profiling und digitalen Kampagnen durch Cambridge Analytica, Facebook & Co. auf die Wahl von US-Präsident Trump macht Schlagzeilen. IT-Spezialisten unterschiedlichster Herkunft erheben den Warnfinger, so etwa Nationalrat Franz Grüter oder Hernani Marques vom Chaos Computer Club Schweiz.

Grundsätzlich wird bezweifelt, ob ausreichende Cybersicherheit möglich sei. Denn zum einen erfordert ein elektronisches System weit höhere und andere Sicherheitsanforderungen als ein solches für kommerzielle Zwecke. Zum andern kann man sich Hackerangriffe schlicht nicht erlauben: Falsche Auszählungen von Wahlzetteln in einem einzelnen Wahllokal erreichen kaum je ein Ausmass, welches das Ergebnis verändert. Ganz anders bei elektronischen Wahlplattformen: Sind Hacker erfolgreich, können sie weit grössere, systematische Manipulationen anstellen. Vor allem ist das Aufspüren von deren Urhebern kaum möglich. Der Super-GAU wäre die Wiederholung einer Abstimmung.

Also: Aus für die Maus bei Wahlen und Abstimmungen? Die Fragestellung muss erweitert werden: Wie verändert die Digitalisierung unsere Demokratie? Beim E-Voting scheinen die Folgen bescheiden. Neben dem Urnengang und der brieflichen Stimmabgabe kommt einfach ein dritter Kanal hinzu. Positiv: Er ist wertvoll für Auslandschweizer. Die Befürchtungen eines «digital divide», infolgedessen dem E-Bürger anders stimmen und wählen, haben sich nach



Neuer Graben in der Stimmbürgerschaft.

bisherigen Erfahrungen nicht bewahrheitet. Hingegen fällt die Nachfrage nach diesem Kanal nicht überwältigend aus. Das ist leicht erklärbar. Auf der Plattform der Post etwa hat man sich mit vier Initialisierungs-, Prüf- und Bestätigungs- sowie Finalisierungs-codes mit je acht bis zwölf Zahlen herumzuschlagen, bis man ein elektronisches Ja oder Nein abgeben kann. Da findet mancher die briefliche Stimmabgabe einfacher. Auch die Hoffnung auf nachhaltig höhere Stimmbeteiligung hat sich nicht erfüllt.

Aber die Digitalisierung erfasst weitere Bereiche der politischen Meinungsbildung. Parteien und Politiker/-innen setzen auch bei uns auf Social Media, und neuerdings werden Referenden über das Internet lanciert. Letzteres ist ein Minenfeld für die direkte Demokratie, wie Politologe Uwe Serdült in einem seiner jüngsten Beiträge auf der Online-Plattform «De Facto» zu bedenken gibt. «E-Collecting» sei hocheffizient und lasse das Unterschriftensammeln von Hand alt aussehen. Der Kampagnenorganisation des provokativen Blogs «Geenstijl» in den Niederlanden etwa gelang es 2016, mit einer eigenen Open-Source-App in letzter Minute 150 000 Unterschriften für das Ukraine-Referendum zu sammeln – was der Hälfte des verlangten Quorums von 300 000 Unterschriften entsprach. Das niederländische Parlament will darum die nötige Unterschriftenzahl erhöhen oder Referenden gar verbieten. Ähnlich die Reaktion einiger US-Staaten mit vergleich-

baren Erfahrungen: Sie verbieten E-Collecting für Referenden, weil sie die bisherigen Fristen und Verfahren direkter Demokratie aushebeln.

Solche Veränderungen der Spielregeln sind nicht von vorneherein negativ. Neue Akteure können die Referendumsdemokratie beleben. Aber es sind nicht bisher ungehörte, schwache Stimmen, sondern starkbeachtete Internetplattformen, auch kommerzielle, die am stärksten mobilisieren können. Scout24 zum Beispiel, auf der die Angebote für Gebrauchtwagen erscheinen, wird täglich von 50 000 Besuchern angeklickt. E-Collecting für ein Referendum gegen höhere Verkehrsbussen wäre für sie ein Kinderspiel, auch für ausländische Plattformbetreiber. Das wäre das Ende der bisher starken Rolle von Parteien und Verbänden in der Referendumsdemokratie. Und absehbar wäre ein neuer Graben in der Stimmbürgerschaft: zwischen jenen, die den bequemen Polit-Mausklick als eine Art Konsumrecht sehen, und jenen, die Abstimmen nicht nur als Recht, sondern auch als verinnerlichte Verantwortung zur Auseinandersetzung mit Argumenten sehen.

Soziale Netzwerke sind erfolgreich in der Politik. Die Internetkanäle setzen auf Menschen und Emotionen. Gefühle entladen sich durch den schnellen Mausklick – oder sie laden sich auf. So hält der amerikanische Präsident mit Twitter die halbe Welt auf Trab. Solche Digitalisierung hat Folgen. Amerikanische Forscher beobachteten 500 Republikaner und Demokraten,

die bereit waren, während eines Monats einem Twitter-Bot zu folgen, der sie stündlich mit Botschaften des politischen Gegners versorgte. Die Erwartung war, dass beide Gruppen toleranter und kompromissbereiter würden, wenn sie sich täglich mit den Meinungen der anderen Seite auseinandersetzten. Es kam anders heraus: Beide Lager fanden sich bestärkt in ihren bisherigen Meinungen; die Polarisierung zwischen beiden verminderte sich nicht.

Stammesgesellschaften Gleichgesinnter

Das erstaunt wenig, denn es bestätigt die These, dass E-Kommunikation und ihre Echokammern in den heutigen Formen nicht das leisten, was wir aus täglicher Diskussion kennen: das Zuhören und die Auseinandersetzung mit Argumenten jener, die eine andere Meinung haben. Genau das ist aber die Grundlage der Meinungsbildung in der Demokratie. Dabei hat unsere politische Kultur zwei Dinge bitter nötig: das Spiel auf den Ball statt auf Personen und faire inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Natürlich ist die Digitalisierung für eine «deliberative», eine abwägende Demokratie nicht per se schlecht. Im Gegenteil: Die Plattform Smartvote etwa hilft Wählerinnen und Wählern, die politischen Einstellungen von Kandidaten abzurufen und auf dem Wahlzettel zu berücksichtigen. Das ist hilfreicher als lachende Gesichter auf Wahlprospekten, denn es bietet die Chance, sich Zeit zu lassen für inhaltliche Überlegungen jenseits persönlicher Sympathie.

Unter dem Strich bietet E-Voting also weder überzeugende Vorteile gegenüber der brieflichen Stimmabgabe noch – nach Aussagen von IT-Fachleuten – ausreichende Cybersicherheit. Die flächendeckende Einführung von E-Voting wäre daher beim heutigen Stand der Diskussion verfehlt. Als Politologin beunruhigt mich das E-Collecting. In Verbindung mit den Social Media könnte dieses die bisherigen Verfahren völlig unterlaufen. Mehr noch: Digitale Stammesgesellschaften Gleichgesinnter, schneller und effizienter mobilisiert, könnten die Meinungsbildung von Parteien und Verbänden überrollen und so die Agenda der direkten Demokratie bestimmen.

Könnte ich am nächsten Sonntag darüber abstimmen, wäre meine Meinung klar: «E-Voting brauche ich nicht, E-Collecting will ich nicht.» Zwar diktieren Technologie und Innovationen den wirtschaftlichen Fortschritt. Demokratische Meinungsbildung dagegen verlangt ein grundsätzlich anderes Denken. Serdült formuliert es so: «Die Fragestellung lautet nicht mehr: <Wie kann das Internet die Demokratie unterstützen?> Sondern: <Welches Internet brauchen wir, damit Demokratie noch möglich ist?>»

Wolf Linder ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften der Universität Bern.

Demokratie

Zuckerberg würde digital wählen

Was kümmern uns Fake News, Wikileaks und Facebook? Die Schweiz ist getrieben von der Überzeugung, dass Demokratie digitalisiert werden muss. Das ist leichtfertig. Von René Zeller

Die Schweiz ist das Musterland der Demokratie. Um unsere jahrhundertlang gestählten Erfahrungen mit Abstimmungen und Wahlen beneidet uns die Restwelt. Was Wunder also, dass wir nicht aufhören wollen, weiter auf dieser Klaviatur zu spielen. Die neue Tonart ist digital.

Die Bundeskanzlei treibt das Projekt «Vote électronique» seit lumpigen achtzehn Jährchen voran. Man stelle sich vor: Um die Jahrtausendwende mussten wir befürchten, die Welt fliege uns im Zeichen des Millenniumwechsels um die Ohren. Vor achtzehn Jahren herrschte noch digitale Eiszeit.

Doch die elektronische Stimmabgabe, um die es geht, will akribisch vorbereitet sein, zumal in der Schweiz, dem Musterland der Gründlichkeit. Auf die Datensicherheit darf nicht der Schatten eines Schattens fallen. Der Schutz der Privatsphäre muss gewährleistet bleiben. Nicht auszudenken, was geschähe, wenn «Vote-électronique»-Systeme gehackt würden. Die Schweiz würde subito zur demokratischen Bananenrepublik degradiert.

Doch der Bundesrat ist keine digitale Angsthasenruppe. Vor Wochenfrist hat er, sekundiert von der projektführenden Bundeskanzlei, einem Gesuch des Kantons Neuenburg stattgegeben, die elektronische Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen für weitere zwei Jahre anzubieten. Das Ganze muss aber in streng geordneten Bahnen ablaufen. Die Neuenburger müssen auf das System der Post zurückgreifen, das zertifiziert worden ist. Das bedeutet, dass das System vorläufig bei maximal 50 Prozent der Stimmberechtigten eines Kantons eingesetzt werden kann.

Wasserdichte Staudammkontrolle

Über allem steht die Maxime «Sicherheit vor Tempo». Gut so, habe ich vor einigen Jahren noch gefunden. Alles hat seine Ordnung. Eidgenössische Gründlichkeit, gepaart mit bürokratischer Akribie und einer wasserdichten Staudammkontrolle: Auf diese Weise sollen nicht nochmals achtzehn Jahre verstreichen, bis die Abstimmung per Mausclick zum Arsenal des direktdemokratischen Instrumentariums gehört.

Doch leider müssen wir zugeben: In den letzten Jahren ist die Schweiz auf der digitalen Umlaufbahn mehrfach überrundet wor-

den. Russland könnte möglicherweise wichtige Wahlen im Ausland manipuliert haben. Ein findiger Mann namens Snowden hat vorexerziert, wie Datensseen entleert werden können. Fast täglich führen uns neue Datenlecks vor Augen, dass nur etwas sicher ist: Kein Datenpaket lässt sich todsicher sichern.

Mark Zuckerberg ist Geschäftsmann. Seine Social-Media-Plattform Facebook liefert ihm frei Haus Daten, die er nutzbringend versilbern kann. Das folgt dem Prinzip des Gewinnstrebens. Doch Datensicherheit, Schutz der Privatsphäre und die Glaubwürdigkeit von Facebook bleiben auf der Strecke. Umgemünzt auf politische Prozesse,



Mehr Risiken als Chancen: «Vote électronique».

bedeutet das: Wenn sich hier eine Lücke auftut, wird diese früher oder später ausgenutzt. Das betroffene politische System wird unglaubwürdig, unbrauchbar.

Vor Wochenfrist hat der Bundesrat nicht nur dem Kanton Neuenburg grünes Licht gegeben für Feldversuche mit der elektronischen Stimmabgabe. Er hat darüber hinaus beschlossen, dass «Vote électronique» von der Versuchsphase in den ordentlichen Betrieb übergeführt werden soll.

Mark Zuckerberg würde applaudieren. Das sollte uns aber nicht auf die falsche Fährte führen. Das elektronische Stimmverfahren birgt mehr Risiken als Chancen. Das Missbrauchspotenzial hat sich aufgrund des technologischen Fortschritts eher vermehrt. Es genügt, dass sich der famose Milliardär Zuckerberg mit seinen Geschäftspraktiken unglaubwürdig gemacht hat. Die Schweiz sollte ihm nicht folgen.

Haben Bundesrat und Parlament das Sensorium für ein Moratorium? ○